

APOLOGETISCHE

BLÄTTER

Mitteilungen des Apologetischen Instituts des Schweizerischen katholischen Volksvereins

Postcheck-Konto VIII 27842

Tel. 85458

Zürich / Auf der Mauer 13

Preis vierteljährlich Fr.2.- Erscheint zweimal monatlich, 12-14 seitig.
Nachdruck mit genauer Quellenangabe gestattet.

Nr.12 (Zweite Juninummer)

30. Juni 1944

8. Jahrgang

Inhalt

Leitartikel: Die universale Kirche im Kampf mit den totalitären Bewegungen der Gegenwart.

Zur Auseinandersetzung mit dem Nationalismus S.131

Ein grosser geschichtlicher Ueberblick nötig - Allgemeines zum Thema:Nation u.Religion - Nationale Götter in alter Zeit - St.Paulus u.sein Römerbrief - I.Geschichtl.Ueberblick: Im Alten Testament - Im Neuen Testament: Reine Gottesidee gegen völkische Entstellung - Die Martyrerkirche - Das östliche Schisma - Im Westen: Kaiser u.Papst - Die Reformation - Calvin - Die totalitären Systeme. II. Zur Problematik unserer Frage: Erik Petersons "Monotheismus als politisches Problem" - Die Beweise des Celsus - Die Antwort des Origenes - Das trinitarische Dogma u.die göttliche Monarchie - Die Pax Augusta und die christl. Eschatologie - III. Lösungen u.Folgerungen: Katholik und totalitäre Systeme - Katholik u.nat. Besonderheiten - Natur u.Uebernatur.

Sozialdemokratie und Partei der Arbeit S.136

I. Die Weiterentwicklung der Spaltung: 1. Die Kommunisten: Eine Broschüre von Arnold Brunner - Der Schwerpunkt verschiebt sich nach links - Einfluss bis in bürgerliche Kreise - Die Einheitsfront kommt - Eine weitere Broschüre: "Sind wir Spalter?" - Die Partei d.Arbeit ein Schritt zur Einheit! - Die Leitung der S.P. wird unter Druck gesetzt - Die Hauptfrage: Aufgabe der Burgfriedenspolitik - 2. "Parteien der Arbeit": Ihr Einfluss wächst - Ihr Zusammenschluss. Forts. folgt.

Aus Zeitschriften:

Ueber die innerkirchliche Lage der reformierten Kirchen i.d.Schweiz . . . S.139

1. Eine neue Zeitschrift - Ihre Haltung zur kath. Kirche - 2. Ein reformierter Pfarrer spricht - 3. Die Lage der ref. Kirche 1919 - 4. Ganz anders 1944: Die Propheten - Die neue Kirchlichkeit - Gemeinschaft in der Kirche. 5. Und doch: Nur eine Welle: alte Freisinnsideale - Der kirchl.Freisinn heute - Die Pfarrerkirche - heidnische Familien - Die Oxfordbew. - Die Spaltung d.Positiven: Das Bekenntnis - "Ein Schuss Täufertum?" - Existenzangst - Der totalit.Staatsgedanke i.d.reform. Kirche - Die Bilanz.

Eine Tagung über Euthanasie i.d.Schweiz S.143

Es spricht ein Jurist - ein Mediziner - ein Theologe - ein Heilpädagoge.

Die universale Kirche im Kampf mit den totalitären Bewegungen der Gegenwart.

Zur Auseinandersetzung mit dem Nationalismus.

Erinnern wir noch einmal an ein Wort Hermann Görings, das gelegentlich an den Bischof von Osnabrück gerichtet worden ist. Es lautet etwa: "Was

Nationalsozialismus ist, das versteht eigentlich allein auf der Welt nur die katholische Kirche". Warum versteht sie es? Weil sie für dieses Verständnis gereift ist durch die Erfahrungen vieler Jahrhunderte. Damit deuten wir schon an, dass man die schweren Kämpfe der Gegenwart mit dem Nationalismus, vor allem dem totalitären, nur richtig zu begreifen vermag, wenn man sie in ganz grosse geschichtliche und ideelle Zusammenhänge einordnet. Das ist nun unsere Absicht, und so wollen wir erstens einen kurzen Ueberblick geben über die Auseinandersetzung der Kirche Christi mit dem Nationalismus vergangener Zeiten, um dann zweitens die Problematik dieser Auseinandersetzung nach verschiedenen Seiten hin zu beleuchten und endlich drittens die grundsätzlichen Lösungen vorzulegen. Ehe wir an diese schwierige Aufgabe aber herantreten, scheint es uns nützlich, einige allgemeine Bemerkungen zu dem Thema Nation und Religion zu machen.

Es sei davor gewarnt, unsere geklärten Anschauungen über das Verhältnis vom Völkischen zum Religiösen, vom Staatlichen zum Kirchlichen und ähnliche Gegenpole in die Auffassungen geschichtlich weit zurückliegender Zeiten hineinzutragen. Andererseits gibt es eine Logik der Dinge, die überall wirksam ist, wo es Menschen gibt und zu allen Zeiten. Wo z.B. das Bild des geistigen Gottes und der wesentliche Inhalt der Uroffenbarung überhaupt verblasst, da machen sich die Menschen Götter nach ihrem eigenen Bilde. Die Religion ist nicht mehr in erster Linie orientiert vom objektiven Sein der Gottheit, sondern von den Vorstellungen und Wünschen der Menschen her. Die Religion wird anthropomorph.

Dieser Prozess hat sich schon in vorgeschichtlicher Zeit angebahnt, und so hatte bald jedes Volk seine eigenen Götter. Diese waren mit seiner Seele und mit seinem Blut sogar verbunden, gestaltet in Abhängigkeit von Klima und Lebensbedingungen. Diese Götter gingen in das intimste Leben der Stämme und Völker ein, wirkten und atmeten in ihm, und so ging die ursprüngliche Vermählung von Nation und Religion vor sich. Waren diese Wesen Schutzgötter für den eigenen Stamm, so auch Kriegsgötter gegenüber dem Feinde und dem Fremden.

Führte man aus einer Stadt die Götter weg, so war diese Stadt erledigt und tot. Sie konnte erst wieder zum Leben erwachen, wenn die Götter zurückgekehrt waren. Diese Götter standen nicht nur im Mittelpunkt der religiösen Gefühle, sie wurden auch Vor- und Sinnbilder der sittlichen Anschauungen, es gestalteten sich in ihnen auch ethische Ideale und Gesetze, wie man heute sagt, die verschiedenen Nomoi.

Die psychologische Seite dieser mit innerer Logik vor sich gehenden Entwicklungen hat der hl. Paulus mit unvergleichlichem Tiefblick im 1. Römerbrief geschildert. Möge aus diesen wenigen Worten verständlich werden, warum die Problematik Nation und Religion zu den grössten, in immer neuen Formen wiederkehrenden Menschheitsfragen gehört. Und nun zu unserem Thema.

I.

Geschichtlicher Ueberblick.

Im Alten Testament erscheint die Verknüpfung von Religion und Nation als ein heiliger Bund zwischen Gott und dem "ausgewählten" Volke. Die Gottesidee wird nicht hinabgezogen und dem Völkischen untergeordnet, sondern der Gott Israels ist schon in den Offenbarungen an die Patriarchen und in den Visionen der Propheten; des Isaias vor allem, der Gott aller Völker, und der Messias, der aus der Wurzel Davids hervorgehen soll, wird als der Erlöser des ganzen Menschengeschlechtes erwartet. Eifersüchtig wacht Gott über die Treue seines Volkes, und die Geschichte dieses Volkes ist erfüllt von schweren Kämpfen mit den nationalen Kulturen der ringsumher wohnenden heidnischen Stämme und Nationen. Diese Auseinandersetzung bildet sogar das Kernstück einer Entwicklung, die bis ins Neue Testament hinein sich fortsetzt.

Im Neuen Testament vertieft sich dieser grosse Kampf, indem Christus die Depravation des Gottesbegriffes des Alten Testaments und die Verengung des Gottes für alle Völker zu einem blossen Gott Israels und vor allem die Ineinssetzung des Erlösers mit einem politischen Messias zurückweist.

Den Höhepunkt erreicht dieser Kampf in der Leidensgeschichte, wird doch der Tod Christi gerade von jenen gefordert, deren völkisches Messiasideal in so schroffem Gegensatz zur religiösen Sendung Christi stand. Der Bund des Alten Testaments zerreisst mit dem Vorhang im Tempel, und die Jünger Christi werden begreifen, was die Propheten verkündigt hatten, dass nämlich die Stunde des Heils für alle Völker gekommen sei. Im Christentum vollzieht sich der Sieg der reinen Gottesidee über die völkisch entstellte, aber ein Sieg, der bis zum Ende der Welt immer wieder mit Blut und Tränen errungen werden muss.

Die junge Kirche hat sich auf dem ersten Schauplatze ihrer Tätigkeit wiederum vor allem mit völkischen und völkisch unterbauten politischen Ideen auseinandersetzen müssen. Sie stand in einem Kampf auf Leben und Tod gegen die vielen nationalen Kulte und Mysterien, die im Römerreich geduldet wurden und deren Duldung eine der wichtigsten Sicherungen eines Imperiums bildete, das so viele Völker in sich vereinigte. Sie stand vor allem im offenen Aufruhr gegen den Kaiserkult, der die Herrschaft über alle anderen gewonnen hatte und der die Macht des Reiches mit einem göttlichen Anspruch versah. Der Sieg der Märtyrerkirche über die mächtigste politische Gottheit der Zeit und damit die Befreiung der Religion aus nationalen und imperialistischen Interessen, das war eigentlich der Triumph der Kirche der ersten Jahrhunderte.

Es wurde kein voller Triumph, denn Byzanz wollte im orbis christianus nicht verzichten auf den Sitz der kirchlichen Suprematie, wollte ein geistliches Oberhaupt nicht anerkennen, das in Rom residierte, und es waren vor allem wieder völkische und politische Motive, aus denen das Schisma zwischen Morgen- und Abendland hervorwuchs. Die Folgen dieses Schismas spüren wir als eine tragische Belastung bis in die Gegenwart hinein, und wer kann sagen, was für eine, vielleicht nicht einmal sehr ferne Zukunft daraus an katastrophalen Entwicklungen noch folgen mag. Die Befreiung der religiösen Idee von der Bevormundung durch nationale und politische Aspirationen ist im Osten nicht gelungen.

Anders im Westen. Hier geht die Kirche eine engere Verbindung ein mit dem fränkischen Königtum. Kaiser und Papst treten an die Spitze eines universalen christlichen Reiches. Die Gewalten sind unter Karl dem Grossen noch nicht klar geschieden, mögen sie auch theoretisch schon fester umrissen sein. Sie sind es auch noch nicht unter dem eigentlichen Begründer des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, das von Otto I. geschaffen wurde. In edelster Absicht griff dieser starke Herrscher tief in innerkirchliche Verhältnisse ein, und es musste schon unter ihm offenbar werden, welche Spannungen in einem Reichsgebilde verborgen lagen, das sich heilig nannte, und eben doch auch eine politische Grösse war, das von römisch sprach, um dann doch den starken Akzent auf deutsch zu setzen. Der Kampf zwischen Kaiser und Papst wird völlig falsch beurteilt, wenn man in ihm nur die Kraftprobe zwischen reinen Machtzentren sieht. Es war vielmehr ein Ringen der religiösen Idee um die Befreiung vom Joch der politischen, eine Kraftprobe, die mit dem Siege Gregors VII. endete, und dieser Sieg bedeutete für das Abendland die wichtigste Entscheidung im Sinne der Hierarchie der Werte. Die geistliche Macht ist in ihrer Sphäre unabhängig von der weltlichen, die ebenfalls ihren Bereich hat, und das völkische, das nationale, das politische, das staatliche Prinzip bleibt untertan den obersten Forderungen der Religion und einer alle verpflichtenden Sittlichkeit.

Eine solche Position konnte freilich nicht in ihrer ganzen Grösse und Reinheit gehalten werden. Die christliche Gemeinschaft des Abendlandes lockert sich nach und nach unter dem Aufbegehren nationaler Kräfte. Sie sind es, die in der Zeit der Reformation den dogmatischen Streitigkeiten eine im Verborgenen arbeitende Virulenz verleihen, und politische Faktoren sichern jedenfalls überall die Spaltungserfolge der Reformatoren. Hinter das Luthertum stellt sich die Begehrlichkeit der Fürsten nach Kirchengütern, und so war es auch in England unter der Despotie Heinrichs VIII.

Am deutlichsten zeigt sich der Einfluss nationaler Aspirationen bei der grössten politischen Figur unter den Trägern der Reformation, bei Calvin.

Nie hätte seine finstere Lehre von der Prädestination, seine theologische Richtung überhaupt und sein, wie er selber gesteht, durchaus nicht sympathisches Menschentum über Rom gesiegt, wenn sich nicht der nationale Befreiungsdrang der Genfer gegen die Macht des Hauses Savoyen gewandt hätte, das eben katholisch war.

Und so sehen wir denn in der Trennung ganzer Volksteile Europas von der christlichen Einheit, so viel religiöse Energie darin auch tätig gewesen sein mag, doch als letztlich entscheidender Faktor das Politische, das in dem Ausdruck "cujus regio ejus religio" eine symbolische Parole gefunden hat, die deutlich genug verrät, dass hier nicht Fürsten nach Canossa gegangen sind, sondern Kirchenmänner an Fürstenhöfe und politische Kanzleien.

Der Augenblick musste kommen, in dem das zu neuem Selbstbewusstsein gelangte nationale Prinzip bis ins Letzte rückgängig machte, was es dem religiösen einst geopfert hatte. Das war die Geburtsstunde der totalitären Systeme, die unter den Attrappen verschiedener Ideologien das Völkische, das Nationale, das Politische einfach als Höchstwert setzen, die wieder Kaisergötter hervorbringen, die das Christentum von neuem herausfordern zum Kampf auf Leben und Tod. Und dies ist die grosse Front, in der jeder bewusste Kulturmensch des Abendlandes heute steht, ob er will oder nicht.

Ueberblicke dieser Art und in solcher Kürze mögen da und dort etwas Gezwungenes oder auch Ueberspitztes an sich haben, aber vielleicht lassen sie gerade darum das Wesentliche transparent werden.

II.

Zur Problematik unserer Frage.

Vor noch nicht zehn Jahren liess Erik Peterson bei Jakob Hegner ein Buch erscheinen: "Der Monotheismus als politisches Problem". Es wird darin gezeigt, wie sich das monotheistische Judentum und in der Folge das Christentum im Imperium Romanum polemisch gegen die Vielgötterei durchzusetzen suchte. Der Hauptangriff gegen die Christen ging von Celsus aus, der in seinen Gedankengängen ausdrücklich das religiöse Problem mit dem politischen verbindet. Wer den Polytheismus ablehne, der sperre sich von den übrigen Menschen ab und ehre die Götter nicht. Er bringe zunächst den Aufruhr in die metaphysische Welt, die nun einmal so geordnet sei, dass ein oberster Gott wohl herrsche, aber praktisch durch die vielen Untergötter regiere, die von den einzelnen Völkern geehrt würden. Es sei dies aber zugleich ein Aufruhr in der politischen Ordnung, denn "die einzelnen Teile der Erde, in denen die Völker nach Vatersitte Götter verehren, sind ja wahrscheinlich von Anfang an verschiedenen Aufsehern überwiesen und in der Ordnung gewisser Herrschaften verteilt worden". Indem die Christen dieses metaphysische Weltbild durch ihren Monotheismus ersetzten, versagten sie den nationalen Kulte und den nationalen Besonderheiten ihre Anerkennung, und das sei nicht bloss Aufruhr im Metaphysischen, sondern zugleich auch Aufruhr im Politischen. Das Imperium Romanum anerkenne nämlich die nationalen Kulte und Besonderheiten und könne nur auf solche Weise Zwietracht und Bürgerkrieg verhindern.

Dem Celsus antwortet Origenes, der darauf hinweist, dass eine besondere Vorsehung den Erlöser der Welt unter der Herrschaft des Augustus habe geboren werden lassen. Denn im Reich des Augustus habe sich bereits ein gewisser Ausgleich zwischen den nationalen Kulte und Besonderheiten vollzogen, da alle die verschiedenen Völker die Alleinherrschaft des einen Augustus anerkannt hätten. So ist die Pax des Augustus die natürliche Vorbereitung für den Frieden, den Christus den Nationen bringen werde.

Wir sehen hier, dass Origenes und nach ihm in noch viel stärkerem Masse Eusebius eine Beziehung zwischen dem Reich des Augustus und dem Reich Christi herstellen. Das Verschwinden der vielen Nationalstaaten zugunsten des Imperium Romanum schein doch anzudeuten, dass nun eine neue Aera anbrechen solle, eine Aera des Friedens, die Aera des Christentums. Der eine Gott im Himmel und der eine Kaiser auf Erden schein einander entsprechen zu sollen,

und das war einfach der Sinn der Weltordnung, wie die damaligen Menschen sie sahen und empfanden.

Inzwischen hatte sich die christliche Theologie entwickelt. Der Gottesbegriff des Monotheismus erfüllte und bereicherte sich durch den Glauben an den Gott in drei Personen. Es erhob sich über den Ordnungen der Natur die Lehre von den übernatürlichen Geheimnissen, und gerade sie arbeitete den Kern der christlichen Offenbarung heraus. Dadurch war einer Spekulation der Boden entzogen, die einzig und allein mit der natürlichen Gotteserkenntnis ihre Fragen beleuchtete. Mit Recht sagt Erik Peterson: "Doch die Lehre von der göttlichen Monarchie musste am trinitarischen Dogma und die Interpretation der Pax Augusta an der christlichen Eschatologie scheitern. Damit ist nicht nur theologisch der Monotheismus als politisches Problem erledigt und der christliche Glaube aus der Verkettung mit dem Imperium Romanum befreit worden, sondern auch grundsätzlich der Bruch mit jeder 'politischen Theologie' vollzogen, die die christliche Verkündigung zur Rechtfertigung einer politischen Situation missbraucht. Nur auf dem Boden des Judentums oder Heidentums kann es so etwas wie eine 'politische Theologie' geben. Doch die christliche Verkündigung von dem dreieinigigen Gott steht jenseits von Judentum und Heidentum, gibt es doch das Geheimnis der Dreieinigkeit nur in der Gottheit selber, aber nicht in der Kreatur. Wie denn auch der Friede, den der Christ sucht, von keinem Kaiser gewährt wird, sondern allein ein Geschenk dessen ist, der 'höher ist, als alle Vernunft'".

Es bedarf nur eines Hinweises darauf, dass die Herausarbeitung der übernatürlichen Ordnung, die ihre eigenen Wahrheiten und ihre eigenen Gesetze hat, auf die weitere Entwicklung des Verhältnisses vom Völkischen bzw. Nationalen und Politischen zum Religiösen ihre tiefgehenden Auswirkungen haben musste. Es liegt in dieser Linie, wenn die religiöse Sendung des Papsttums und der Kirche sich immer deutlicher und klarer abhebt gegen alles Politische. Und es liegt ebenfalls in dieser Linie, dass ein politischer und nationaler Totalitarismus auf christlichem Boden eine Unmöglichkeit ist. Und zwar einfach deshalb, weil es im eigentlichen Sinne des Wortes ein politisches Christentum und einen politischen Katholizismus weder gibt noch überhaupt geben kann. Nur da, wo man wieder auf die Stufe des Heidentums zurückgefallen ist, kann die Begriffsbildung von gewissen Entsprechungen des Politischen und des Religiösen überhaupt vollzogen werden. Umgekehrt können wir auch sagen: Wo politischer Totalitarismus auftritt, da steht das Heidentum gegen das Christentum, da steht von neuem ein Kaisergott gegen den Galiläer.

III.

Grundsätzliche Lösungen und Folgerungen.

Eine jede Weltanschauung, die eine irdische Grösse als Höchstwert bezeichnet, ist angesichts der übernatürlichen Höchstwerte der christlichen Religion schon gerichtet. Der rassistische Nationalismus und jeder andere, der die Nation vergöttert oder der im bluthaften Erbe die religiöse Substanz sieht, kann von keinem Katholiken vertreten werden. Christentum und Katholizismus erhalten ihre wesentliche Einheit von den übernatürlichen Werten der Religion Jesu Christi. Es kann darum grundsätzlich die Einheit unter den Katholiken nicht bedroht werden durch politische totalitäre Systeme. Ganz im Gegenteil sollte ihr Auftreten nur dazu beitragen, die Bekenner der übernatürlichen Geheimnisse im Kampf gegen ein neues Heidentum noch fester zu einigen.

Zweitens ist mit dieser Einheit im Uebernatürlichen die grösste Mannigfaltigkeit im Natürlichen logisch einwandfrei zu vereinigen. In dem ungeheuren Raum, über dem sich der Sternenhimmel der christlichen Geheimnisse wölbt, ist Platz für alle in der Natur und in der Geschichte begründeten individuellen und nationalen Besonderheiten. Kein Zwang von der Religion her kann ausgeübt werden auf die freie Entscheidung des Menschen in politischen Angelegenheiten. Ein Eingreifen von der Religion her in die politische Sphäre kann lediglich nur dadurch begründet werden, dass religiöse und sittliche Grundwerte vom Politischen aus bedroht werden.

Drittens müssen Natur und Uebernatur sich im lebendigen Menschen organisch verbinden und zwar auf dem Boden der einzigen wirklichen Existenz für den Menschen, die es gibt, der Existenz nämlich in der Erlösungsordnung. In jeder einzelnen Seele muss die Hierarchie der Werte stets von neuem gesehen, erlitten und erstritten werden. Wir leben ja nicht in den natürlichen und in den übernatürlichen Ordnungen, wie in getrennten Stockwerken, sondern beide bilden in ihrer Existenz eine organische Einheit.

Es genüge für heute diese kurze Angabe von grundsätzlichen Lösungen und Folgerungen, die sich aus unseren Ausführungen ergeben. Wir werden im Verlauf der Untersuchung hier noch zu weiteren Erkenntnissen vordringen.

Sozialdemokratie und Partei der Arbeit.

Wir haben in den Nummern der "Apologetischen Blätter" vom 14. und 29. April (S.77 f., S.88 f.) über die Spaltung in der sozialistischen Bewegung berichtet. Damals hatte sich das Basler "Komitee Liste der Arbeit" zu einer eigenen Parteigruppe organisiert, und an anderen Orten zeichneten sich ähnliche Neubildungen bereits ab. Es galt daher, die V o r g e s c h i c h t e dieser Spaltungen kennen zu lernen.

Die Spaltungsbewegung im sozialistischen Lager ist bis heute noch nicht zum Abschluss gekommen. Aber sie hat sich bedeutend weiter entwickelt. Im folgenden wollen wir diese Weiterentwicklung darstellen und einiges zur Beurteilung der Spaltungsbewegung sagen.

I. Die Weiterentwicklung der Spaltung

1. D i e K o m m u n i s t e n. Wir können hier mit der Stellungnahme der Kommunisten beginnen. Denn diese sind nicht nur hinter den Kulissen tätig, wie das allenthalben in der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse festgestellt wurde, sie haben sich anfangs Mai d.J. in offenen Publikationen über die Geschehnisse ausgesprochen. In Basel erschien von Emil Arnold die Broschüre: "Wendepunkt in der Arbeiterbewegung, Die Basler Gross- und Regierungsratswahlen im März 1944", und in Zürich veröffentlichten Otto Brunner, Edgar Woog und Hans Anderfuhren eine Flugschrift: "Sind wir Spalter?".

Den Wendepunkt in der sozialistischen Bewegung sieht E m i l A r n o l d darin, dass durch die Anstrengungen der Kommunisten zusammen mit dem linken Flügel der sozialistischen Bewegung anlässlich der Basler Wahlen im März auch innerhalb der Sozialdemokratie und zwar der gesamtschweizerischen der Schwerpunkt weiter nach links verschoben wurde.

Er spricht von der Aufstellung der kommunistischen "Sozialistischen Kampfliste", von seinem zusammen mit Hofmaier und Bodenmann eingereichten Rekurs gegen die Streichung von vierzehn kommunistischen Kandidaten auf dieser Liste, vom Rückzug dieser Liste und der Aufstellung der "Liste der Arbeit", vom Erfolg der "Liste der Arbeit" bei den Grossratswahlen, von der Aufstellung der Regierungsratskandidatur Hans Schmidt gegen Dr. Peter im zweiten Wahlgang und schliesslich vom Rekurs gegen die Grossratswahlen wiederum durch Hofmaier, Arnold und Bodenmann.

Bedeutsam ist für Arnold, dass nach dem Resultat der Basler Wahlen neue sozialdemokratische und bürgerliche Kreise für die "Wiedergewinnung der demokratischen Volksrechte", d.h. für die Aufhebung der Kommunistenverbote gewonnen wurden. Diesen Schluss folgert Arnold daraus, dass im zweiten Regierungsratswahlgang der Kandidat der "Partei der Arbeit", Hans Schmidt, 8002 Stimmen erhielt gegenüber den 10375 Stimmen der Gegenkandidaten aller bürgerlichen Parteien bei der ausgegebenen Stimmenthaltungssparole der Sozialdemokraten. Beim bürgerlichen Kandidaten machen das 4000 Stimmen weniger als im ersten Wahlgang und bei Hans Schmidt 3550 mehr als die "Liste der Arbeit" im ersten Wahlgang Stimmen erhalten hatte. In dem Stimmengewinn für den Kandidaten der linkssozialistischen Bewegung (heute

"Partei der Arbeit", sieht Arnold verheissungsvolle Anzeichen einer kommenden "E i n h e i t s f r o n t", die die Aufgabe haben wird, "die Untaten der Reaktion, die diese in der Zeit der aufsteigenden faschistischen Aera vollbracht, auszulöschen", "dem Volke die volle demokratische Freiheit zu erkämpfen" und "in der kapitalistischen Welt - die Schweiz eingeschlossen - nach dem Kriege auch andere soziale und wirtschaftliche Verhältnisse zu erkämpfen" (S.30).

Die Basler Wahlen haben nach Arnold weiter die Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen "Arbeiterklasse" und "Bürgertum" zugunsten der Arbeiterklasse und zwischen "reformistischem" und "linkem" Flügel der sozialistischen Bewegung zugunsten des linken Flügels aufgezeigt. Den Kommunisten sei es durch die "Liste der Arbeit" gelungen, jene Massen zu mobilisieren, "die kein Vertrauen zur Politik der Sozialdemokratie" haben (S.20). Politik der Sozialdemokratie ist natürlich die Politik der "S P- Führung", die wiederholt kritisiert wird. Ein Beispiel: Arnold spricht von dem Ersuchen der sozialdemokratischen Parteileitung Basel-Stadt an das Komitee "Liste der Arbeit", die Kandidatur Hans Schmidt beim zweiten Regierungsratswahlgang zurückzuziehen. Die SP-Leitung habe ihre Forderung damit begründet, dass alle Beteiligten für die nächsten drei Jahre mit dem Kräfteverhältnis, wie es die Wahlen vom 12. März 1944 ergeben hätten, sich abfinden müssten. Darauf antwortet Arnold: "Wie will die Sozialdemokratie den Kampf um die "Neue Schweiz" führen, wenn sich alle Beteiligten für die nächsten drei Jahre mit dem Kräfteverhältnis vom 12. März abzufinden haben? Wie gedenkt die Sozialdemokratie die Postulate der "Neuen Schweiz" (Ueberführung der Banken und der Grossindustrie in Gemeineigentum) durchzusetzen, wenn sie Angst davor hat, das Bürgertum durch die Beanspruchung auch nur eines weiteren Regierungssitzes zu provozieren?" (S.23). Die Sozialdemokratische Partei stellt Programme mit radikalen Forderungen ("Neue Schweiz") auf, denkt aber nicht daran, sich an ihre Durchführung zu machen. Aber die Arbeiterklasse Basels habe zum grossen Teil die gestellten Aufgaben doch schon erkannt, und sie verhalte sich entsprechend. "Wir freuen uns ob dieser wachsenden politischen Erkenntnis, sie ist Voraussetzung für den Erfolg. Uns fest an den Händen haltend, wollen wir auf dem Wege weitergehen, den wir beschritten haben" (S.31). Während E. Arnold sich nur mit Basel beschäftigt und die Perspektiven für die deutsche Schweiz nur andeutet, sprechen die drei Unterzeichner der Broschüre: "S i n d w i r S p a l t e r?" nicht nur für Zürich, sondern teilweise auch im Namen der "Kommunisten in der Schweiz".

Diese Broschüre, die eine Anzahl Schriftstücke über die Einheitsfrage aus der Feder von Nicole, der Kommunistischen Parteileitung und der Delegierten der Fédération Socialiste Suisse und der Kommunistischen Partei einerseits und der Geschäftsleitung und des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei andererseits bringt, schliesst mit dem Aufruf: "Wir Kommunisten begrüessen die Gründung der neuen Partei der Arbeit... Wir sehen in der neuen Partei eine Stärkung und nicht eine Schwächung der Arbeiterklasse. Sie bedeutet nicht eine Spaltung, sondern einen Schritt vorwärts zur Einheit der Arbeiterbewegung. Wir selbst werden den Kampf für die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten und Rechte, für die Aufhebung der schändlichen Verbote von Arbeiterorganisationen und Arbeiterzeitungen weiterführen... Wir sind fest davon überzeugt, dass die "Partei der Arbeit" uns in diesem Kampfe helfen wird. Darum Genossen fordern wir euch auf, tretet ein in die "Partei der Arbeit"! (S.23).

Warum sehen die Kommunisten in der Gründung der Partei der Arbeit keine Spaltung der sozialistischen Bewegung, sondern sogar "einen Schritt vorwärts zur Einheit"? - Antwort: Weil nach ihrer Auffassung bis jetzt schon infolge des Druckes von unten und der weltpolitischen Geschehnisse die sozialdemokratische Parteileitung in der Frage der Einheit entgegenkommender geworden ist, und weil sie das noch mehr werden wird. Am 18. September 1938 hat die Sozialdemokratische Partei der Schweiz einen Beschluss gefasst betreffend die Aufnahme ehemaliger Kommunisten in die SPS. Darnach musste jedes Aufnahmegesuch eines früheren Kommunisten dem kantonalen Vorstand und durch diesen der schweizerischen Geschäftsleitung unterbreitet werden. In keinem Falle durfte jemand aufgenommen werden, der noch Bindungen mit einer kommunistischen Organisation unterhielt. Der Aufzunehmende musste

sich u.a. schriftlich verpflichten, jede Beeinflussung zu unterlassen, auch durfte er zwei Jahre lang keine Funktionärstelle in der S P einnehmen ohne ausdrückliche Zustimmung der sozialistischen Geschäftsleitung. Diesen Beschluss von 1938 hat der Parteivorstand im Juni 1943 "vereinfacht" und beschlossen, die vereinfachten Vorschriften dem Winterthurer Parteitag im September 1943 zur Bestätigung zu unterbreiten. Auf dem Parteitag wurde dem Parteivorstandsbeschluss ein anderer Antrag gegenübergestellt, der nur die Bedingung der Anerkennung des sozialdemokratischen Parteiprogramms stellte und sowohl den Beschluss von 1938 wie den vom Juni 1943 aufgehoben wissen wollte. Der Antrag des Parteivorstandes erhielt 348 Stimmen, der kommunistenfreundliche Antrag erhielt 112 Stimmen bei 45 Enthaltungen. "Der Sieg des Parteivorstandes", heisst es in der Broschüre, "war kein glänzender. 112 Delegierte hatten sich offen für die Einheit mit der Partei Nicoles und den Kommunisten ausgesprochen, 45 Delegierte sich der Zustimmung zum Antrag des Parteivorstandes enthalten" (S.17). Die Bedeutung der mit dem Parteivorstand nicht einverstanden 157 Stimmen wird noch mehr unterstrichen, wenn man bedenkt, dass der Parteitag sich fast einstimmig für die Aufhebung der Verbote der Kommunistischen Partei ausgesprochen und damit bewiesen hat, wie Otto Brunner und Edgar Woog am 17. September 1943 an die Geschäftsleitung der S P S schrieben, "dass die überwiegende Mehrheit der Parteisektionen der S P den Kampf der Kommunisten für die Wiederherstellung der verfassungsmässigen Freiheiten unterstützt" (S.19). Die P.d.Arbeit erscheint somit in den Augen der Kommunisten äusserlich als Spaltung, in Wirklichkeit ist sie aber das Mittel, die Parteileitung noch wirksamer unter Druck zu setzen, einer Einigung, wie die Kommunisten sie wünschen, nicht mehr im Wege zu stehen.

Aber einer Einheit, wie die Kommunisten sie wünschen! Die Broschüre macht der Sozialdemokratischen Partei den Vorwurf, sie hätte wohl die Auflösung der Kommunistischen Internationale enthusiastisch begrüsst, sie aber ganz gründlich missverstanden, indem sie "in völliger Verkennung der Situation die Liquidierung einer überholten Organisationsform mit der Liquidierung ihres politischen Gehaltes" verwechselte (S.9).

Die Broschüre verweist auf einen aufklärenden Brief, den ihre drei Unterzeichner am 26. Juni 1943 an die Geschäftsleitung der S P des Kantons Zürich geschrieben haben und in dem sie u.a. ausführten: "Der historische Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei ist nicht nur organisatorisch, sondern politisch begründet. Durch einen bloss organisatorischen Zusammenschluss, durch die 'Liquidierung' der K P und den Eintritt ihrer Mitglieder in die S P, würde die von Ihnen selbst - in der Resolution der städtischen Partei geforderte politische Einheit nicht erreicht. Ein solches Vorgehen würde lediglich den Gegensatz zwischen dem kämpfenden Flügel der Arbeiterbewegung und den Anhängern einer Politik der Halbheiten und der Kompromisse mit dem Klassenfeind in verschärfter Masse in die Sozialdemokratische Partei hineinragen. Die Kommunisten sind grundsätzlich bereit, die organisatorische Einheit im Rahmen der Sozialdemokratischen Partei, ihres Programms und ihrer Statuten zu verwirklichen. Voraussetzung für eine volle Einigung ist aber die Verständigung über gemeinsam zu führende konkrete Aktionen, die Gewähr dafür bieten, dass alle Beteiligten entschlossen sind, den Bruch mit der Burgfriedenspolitik wirklich und nicht nur in Worten zu vollziehen"

Aus diesen beiden kommunistischen Dokumenten sehen wir, worum (S.11). es den Kommunisten mit den Verhandlungen zwecks Aufnahme in die S P ging. Sie wollten erzwingen, dass die S P sich zu einem hundertprozentigen Klassenkampf und zum vollständigen Abbau jeder Politik der Verständigung mit den bürgerlichen Parteien verpflichtete. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten infolge des Krieges und die Sympathie breiter Massen für die erfolgreiche Rote Armee der Sowjetunion schienen die Voraussetzungen geschaffen zu haben, die Sozialdemokratische Partei als Ganzes auf diesen radikalen Kurs zu bringen. Weil das doch nicht gelang, schritt man mit Hilfe der Freunde innerhalb der Sozialdemokratie zur Gründung einer neuen radikalen Partei, der Partei der Arbeit.

2. "Parteien der Arbeit". Wir haben früher mitgeteilt, wie sich in Genf im Frühjahr 1943, in Basel im März 1944 und in Zürich im April 1944 Parteien der Arbeit gebildet haben. Auch die zürcherische Partei muss guten Zulauf haben. Genauer lässt sich von aussen noch

nicht feststellen. Aber ihre Kundgebungen erreichen ein grosses Publikum, und die sozialdemokratische Presse widmet der neuen sozialistischen Partei viel und besorgte Aufmerksamkeit. Am 14. Mai 1944 hat sich nun in Basel eine "Föderation der Parteien der Arbeit" gebildet, die die genferische, waadtländische, baslerische und zürcherische Partei der Arbeit und noch einige kleinere ähnliche Kantonalorganisationen umfasst.

Im Kanton Bern hat die Partei der Arbeit noch nicht Fuss fassen können, trotz der Cäsur in Biel (Entfernung von Paul Fell aus der Redaktion der "Seeländer Volksstimme" infolge von dessen Konflikt mit der dortigen Leitung des Metall- und Uhrenarbeiterverbandes). Bedeutendere Gruppen von Anhängern der "Partei der Arbeit" bestehen ausser in den genannten Kantonen bisher nur im Neuenburgischen und im Wallis, dessen Sozialdemokratie unter der Führung Dellbergs ohnehin stark links steht.

Die Parteien der Arbeit haben sich als Vereine konstituiert im Sinne der Art. 60 ff. des Schweiz. Zivilgesetzbuches. In ihren Statuten findet sich die Zweckbestimmung der Partei so formuliert: "Das Ziel der Partei der Arbeit ist die Verteidigung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Interessen des arbeitenden Volkes zu Stadt und Land. Die Partei erstrebt die Errichtung einer Gesellschaftsordnung, in der Ausbeutung, Not und Unterdrückung überwunden sind" (Statutenentwurf der Partei der Arbeit des Kantons Zürich, Art. 2). (Forts. folgt).

Aus Zeitschriften: Ueber die innerkirchliche Lage der reformierten Kirche in der Schweiz.

1. Eine neue Zeitschrift wird vorgestellt. Seit Januar 1944 ist unser Zeitschriftenmarkt um eine in Aufmachung und Inhalt bedeutende Neuerscheinung bereichert worden. Wir meinen die grossformatigen mit reichem Bilderschmuck versehenen Monatshefte "Reformierte Schweiz". Die Redaktion liegt in den Händen von Pfr. Rudolf Stichelberger, der unseren Lesern durch seine "Kirchengeschichte für jedermann: Sichtbare Kirche" als streitbarer, gewandter und, wenn auch nicht gerade gründlicher, so doch positiver Pfarrer bekannt ist (cf. "Apolog. Blätter" 1942, S. 279). Auf die positive Richtung des Blattes, das sich neben all den unscheinbaren Kirchenblättern wie ein Goliath ausnimmt, deutet auch der Zwingliverlag, wo die Monatsschrift erscheint. Als Leserkreis sind nicht so sehr die Pfarrherren und Theologen, als vielmehr die bürgerlichen Kreise der Gemeindeglieder ins Auge gefasst. Das hindert freilich nicht, dass ein überwiegender Teil der Beiträge von Pfarrern bestritten wird. Das Unternehmen ist von keiner Kirchenbehörde und von keiner organisierten Richtung (beispielsweise dem positiven evangelischen Verein) offiziell geleitet oder gestützt, sondern anscheinend ein privates Unternehmen. Entsprechend der Richtung des Herausgebers kommen aber darin vorwiegend die positiv evangelischen Kreise zu Wort und zwar nicht der dialektischen Richtungen Barth oder Brunner. Der Inhalt ist ausgesprochen religiöser Natur, besser gesagt reformiert kirchlich und vertritt nicht die Interessen irgend einer der politischen Parteien. Die meisten Nummern suchen mehr oder minder ein bestimmtes einheitliches Thema zu behandeln, so gleich die erste die Stellung der Kirche zur Politik, die zweite handelt vorwiegend vom Kirchengesang und dem neuen vielumstrittenen Probekind, eine weitere von der Konfirmation, die Mainummer ist dem 75jährigen Jubiläum des Lehrerseminars Unterstrass gewidmet mit sehr aufschlussreichen Tabellen und Beiträgen von Seminardirektor Konrad Zeller und H. J. Rinderknecht, Leiter des Oberseminars; die neueste Juninummer sucht nach verschiedenen Richtungen ein Bild über die innerkirchliche Lage der reformierten Kirche zu vermitteln. Das Bildmaterial ist im allgemeinen recht gut ausgewählt, und man findet Darstellungen moderner Künstler wie Baumberger und Willy Fries voll starker Einprägbarkeit, die von religiöser Tiefe Zeugnis ablegen.

Zur Stellung gegenüber der katholischen Kirche darf zweierlei hervorgehoben werden. Die Zeitschrift ist positiv reformiert, womit nicht nur eine Richtung innerhalb des Protestantismus gemeint ist, sondern die ganze Art der Darstellung ist positiv aufbauend und selten negativ kritisierend. Deshalb wird auch auf katholische Fragen wenig Bezug genommen. Wenn dies aber geschieht, so handelt es sich um eine scharfe, manchmal geradezu giftige Polemik. Wir denken hier z. B. an den bissigen und wenig geistvollen Artikel in Nr. 2 gegen die katholische Kirchenzeitung in Frage

Waffensegnung. Doch fehlen auch Anzeichen nicht, dass man sich einer objektiven Darstellung katholischer Einrichtungen befleissigt. So findet sich in der letzten Nummer ein Artikel über die Katholische Aktion, der zwar klar ablehnend ist, aber doch wesentliche Linien sachlich herauszuarbeiten sucht. Offen gestanden ist uns eine solche Haltung, wenn wir einmal von dem unartigen und gehässigen Geplänkel der kleinen Streiflichter absehen, was nur zu einer unnötigen Vergiftung der Atmosphäre führt, lieber als das schönrednerische ökumenische "Gespräch", worin sich heute manche gefallen und dessen Folge nur eine Verwischung aller klaren Begriffe ist.

2. Warum wir einen Reformierten sprechen lassen. Nach dieser allgemeinen Charakteristik der neuen Zeitschrift

"Reformierte Schweiz" wollen wir auf einen Artikel der letzten Nummer näher eingehen. Er bietet uns nämlich einen sehr beachtlichen Ueberblick über die protestantische innerkirchliche Lage der Schweiz. Wir sind froh, einen Beitrag aus protestantischer Feder dafür verwenden zu können, denn der Aussenstehende wird trotz allen Fleisses immer lückenhaft orientiert sein, wie dies für den umgekehrten Fall der schon erwähnte Artikel von Pfr. D. Fritz Liechtenhahn über die Kath. Aktion zeigt. Obwohl Liechtenhahn sicher eine der bestinformierten Personen über katholische Fragen auf protestantischer Seite ist, kann der Katholik an vielen Stellen des Artikels nur verwundert lächeln und den Kopf schütteln. Doch ist das nicht die Schuld Pfr. Liechtenhahns. Er hat getan, was er konnte. Aber selbst die katholische Kirche kann man eben nicht nur aus Dokumenten kennen lernen. Gewiss wird nun auch der folgende Bericht von Pfr. Walter Hoch Einseitigkeiten aufweisen, da der Vertreter wieder nur einer Richtung zu Wort kommt, der selbst gesteht, z.B. über die Verhältnisse und Bestrebungen der Dialektiker mangelhaft orientiert zu sein. Aber einen Protestantén, der in allen Kreisen der reformierten Kirche "zu Hause" ist, gibt es wohl nicht. Zu weit schon sind die "Richtungen" hier auseinandergestrebt. Immerhin verdient gerade ein Positiver, der zugleich "Nichtdialektiker" ist, Beachtung, denn diese Kreise sind zahlreicher als man annimmt, obschon sie keine grossen theologischen Werke aufzuweisen

3. Die Bilanz der reformierten Kirche 1919. Doch nun zum Ueberblick selbst. Wir haben. ziehen den 14 Spalten umfassenden Beitrag zusammen und stellen um schon aus Raumgründen. Bereits der Vergleich der

kirchlichen Lage im letzten Weltkrieg und heute zeigt allen, die meinen, wir erleben nur eine Art Neuauflage von 1914-18, wie falsch diese Ansicht ist. Damals am Anfang des Krieges eine "Erschrückungswelle" mit Kriegsbibel- und Kriegsgebetsstunden; ein starkes Anschwellen apokalyptischer Gedanken, um mit dem Aeusserlichsten anzufangen. Innerlich gesehen: einerseits stärkster Individualismus: Es erscheint ein Konfirmandenleitfaden "Mein Christentum". Alle Bekenntnisgrundlagen, alle Dogmatik, alle Liturgie, alle Tradition wird abgelehnt, die eigene Ueberzeugung gilt als "Erzeugerin der Wahrheit" und steht unter absoluter Toleranz. "Ein richtiges Fréisinnsprodukt", bemerkt Hoch ganz mit Recht. Andererseits das starke Anschwellen des religiös sozialen Flügels. Die Kirche wird auf das heftigste angegriffen, sie habe versagt, ja sie sei schuld an dem ganzen Elend. Sie ist die grosse Angeklagte, und ihre "Aktien" stehen denkbar schlecht. Unter dem Einfluss der beiden Blumhardt (H. Kutter und Ragaz) und des Sozialismus verlangt man "Reichsaktien", d.h. die "Reich-Gottesidee", der Glaube an ein Sozialreich nach dem Plane Gottes, wird in der Kirche modern. Viele Pfarrer schliessen sich der Sozialdemokratischen Partei an, "Fürsorge und Sozialhilfe" treten in den Vordergrund. "Der Glaube an die Bergpredigt und die Süssmostkanne gehörte zusammen". Ja, man glaubt "an die Verwirklichung des Reiches im kommunistischen Russland". Daneben herrscht an den Universitäten immer noch weithin die religionsgeschichtliche Theologie und der Historismus. Dies die kirchliche Lage von 1919.

4. Veränderte Lage 1944. Heute ein ganz anderes Bild: Die apokalyptische Welle ist innerhalb des Kirchenvolkes viel schwächer, dafür erleben die alttestamentlichen Propheten eine "ausgesprochene Renaissance". Dies mag z.T. auf gewisse hervorragende Werke alttestamentlicher Neubesinnung zurückzuführen sein, wie sie von Hellmut Frey in Dorpat, Wilhelm Vischer und Walter Eichroth in Basel, Zimmerli in Zürich herausgegeben wurden. Wir werden in diesen Blättern noch eingehender darauf zu sprechen kommen. Es ist aber sicher auch ein Zeichen der

Zeit, die sich an wirklich grossen Gestalten zu orientieren und das Wesentliche vom Nebensächlichen zu trennen sucht.

Wichtiger als das, ja geradezu als die zentrale Idee von heute erscheint Hoch ein Zug zur K i r c h l i c h k e i t. Sie ist vor allem bedingt durch die "mächtige theologische Neubesinnung", welche die dialektische Theologie Karl Barths und Brunners gebracht hat. "Bei dieser ganzen theologischen Neubesinnung steht der Begriff der Kirche durchaus im Mittelpunkt. Man liest die "Kirchliche Dogmatik" von Karl Barth". Man darf sich aber keineswegs nur auf diese beschränken: Hoch macht auf den grossen Einfluss des theologischen Wörterbuches von Kittel noch aufmerksam und auf die zahlreichen Neuerscheinungen von Werken und Lebensbeschreibungen der Reformatoren und auch Nebenreformatoren. Hinzufügen könnte man noch die ganze Wirksamkeit der sog. "Jungreformierten", die sich um Rudolf Grob scharen, vielleicht auch de Quervains theologische Ethik "Die Heiligung". All diese Werke und Bestrebungen verraten eine ausgeprägte Kirchlichkeit, die noch durch einen gewissen Prozentsatz der allmählich abflauenden "Gruppenbewegung" (Oxfordbewegung) verstärkt wird.

Im praktischen Leben der Kirche zeigt sich diese Linie in der kirchlichen Jugendbewegung der "Jungen Kirche", die innert weniger Jahre zum grössten protestantischen Jugendbund angewachsen ist, ebenso wie im "Wiederaufleben des Ältestenamtes", wodurch die Laienhilfe innerhalb der reformierten Kirche mächtig gefördert wurde. Erwähnt wird auch die Wiedererrichtung des kirchlichen Diakonates, das in Pfr. Bernoulli (Diakonenhaus Greifensee) einen klugen und weitblickenden Leiter gefunden hat. In der gleichen Richtung liegen ferner die Bemühungen, die verlorenen kirchlichen Ordnungen wiederherzustellen. Kurzum, man betrachtet die Kirche wieder als einen Organismus, der nicht nur ein Amt haben kann, sondern mit einer Fülle von Ämtern, Gaben und Diensten ausgestattet sein muss, die aber einer einheitlichen Ordnung und Leitung bedürfen.

Folge davon ist, dass die G e m e i n s c h a f t, die so lange nur bei den freikirchlichen Gebilden und bei den Sekten heimisch und einer ihrer wichtigsten Anziehungspunkte war, nun auch "in der Kirche ihren Einzug gehalten" hat. Es entstehen zahlreiche kirchliche Gebetskreise, Bibelkreise, Helferkreise, während die alten, halbsektenartigen Gebilde, die ihre Anhänger in kleinen Kapellen sammelten, einer gewissen Erstarrung verfallen scheinen. Eine weitere Folge ist, dass ein seelsorglicher Eifer im eigentlichen Sinn erwacht und auch Kreise der Laien erfasst hat. Vorbei ist die Zeit der Verpolitisierung und Versozialisierung der Kirche. So sind auch Evangelisationswochen heute auf kirchlichem Boden möglich, was früher d.h. am Ende des letzten Krieges noch unerhört war. Schliesslich sei noch der starke Zudrang zum theologischen Studium, die Schulung der Theologen im reformierten Theologenheim, das Erfassen auch der äusseren Mission von kirchlichen Kreisen erwähnt, und das Bild rundet sich ab.

5. Und doch: Nur eine Welle. Trotz dieser anscheinend so gesunden Züge, die sich dem Auge Pfr. Hochs im Wandel vom letzten zu diesem Krieg am Antlitz der reformierten Kirche zeigen, ist die Bilanz, die er schlussendlich zieht, doch keine erfreuliche: "Nur eine Welle", eine "zeitbedingte Kirchlichkeit" so sieht ihm das alles zu sein. Wenn Walter Nigg oder ein anderer der liberalen Opposition aus ihrer Abwehrhaltung, in die sie heute gedrängt sind, dies Urteil gefällt hätte - und wie oft haben sie es schon getan - so mag man es als subjektive, vom Selbsterhaltungstrieb getriebene Meinung beiseite stellen. Wenn aber ein Vertreter des positiven Flügels so spricht, erhält dies Urteil beachtliches Gewicht. Welches sind die Gründe, die Pfr. W. Hoch dafür anführt?

Zunächst ist es der organisatorische Aufbau der reformierten Kirche, der ihm als grösster Hemmschuh erscheint. Wohl gibt es einen Kirchenbund als Vertreter der verschiedenen Kantonalkirchen. Jedoch besitzt dieser keine eigentlichen Befugnisse zur Leitung und Lenkung, so wie die katholische Kirche dies aufweist. Eine einheitliche "Strategie" ist nicht möglich. "So gibt es keine Schweizer Kirche", schreibt Hoch resigniert. Das Prinzip der "rein formalen Demokratie", die "Uebertragung einer rein formalen Anwendung in der Glaubens- und Gewissensfreiheit auf ihren eigentlichen Gehalt und die Ersetzung eines geistlichen Regimentes durch rein

administrative Instanzen - alles ausgesprochene Freisinn-Ideale - tragen nunmehr ihre Früchte. Dazu kommt noch die "Selbstherrlichkeit der einzelnen Kirchgemeinden", die Kirchenrat und Synode entmachtet, die Bekenntnislosigkeit und der Mangel an kirchlichen Ordnungen, und man versteht, weshalb "diese hochgefeierte Kirche sich eben in völliger Auflösung befindet". Hoch meint, dass die Entkirchlichung auf dem Land z.T. sogar weiter fortgeschritten sei als in den Städten.

Nun könnte man meinen, die neuerwachte Kirchlichkeit könne dies alles wohl beseitigen. Doch dem steht entgegen, dass im Kirchenvolk - und das ist es eben, was in den Kirchgemeinden den Ausschlag gibt - "im allgemeinen der Freisinn durchaus vorherrscht". Dies geschieht weithin zunächst aus Rückständigkeit, die einst modernen Ideen haben "im Lauf von 80 Jahren nunmehr auch das hinterste Bauernhirn erreicht". Dazu aber kommt, dass auch unter den Aufgeschlossenen, unter der Pfarrerschaft der Freisinn keineswegs tot ist. In der Verkündigung und Haltung, meint Hoch, gleiche der freisinnige Pfarrer von heute dem positiven vor 30 Jahren. Ein warmer Pietismus mit aktuellem Einschlag herrscht vor. "Dogmatisch steht er durchaus auf seinem alten Boden". Er verfügt aber über eine gute Organisation und geschickte Propaganda in Büchern, Broschüren und Vorträgen. Mit dem Schlagwort: Volkskirche oder Bekenntniskirche weiss er die Angst vor einer Kirchenspaltung zu wecken, und so wird der Begriff Kirche zu einem reinen Formalbegriff, zu einer Etikette.

Andererseits hat die Kirchenfreudigkeit nur den Pfarrerstand und einen gewissen gesunden Kern der Gemeinden erfasst. "Wir sind eine Pfarrerkirche, trotz der Willigkeit vieler Laien". Aber es fehlen die prominenten Laien, besonders die Männer an verantwortungsvollen Stellen. Dazu kommt noch, dass die christliche Familie sich immer mehr auflöst. "Von Haus aus wissen die Kinder sozusagen nichts. Sie wachsen als anständige kleine Heiden auf". Die Bemühungen, durch Bibelwochen und Bibelfreizeiten die Jugend zu schulen, erfassen oft nur die "bescheidenere Jugend", Burschen und Mädchen, die auf diese Weise billige Ferien machen wollen. Die Bücher, die man schreibt, werden weithin eben nicht gelesen. Die "Junge Kirche" scheint eine stark zeitbedingte Strömung zu sein, "stark von ausländischen Mustern beeinflusst". Ausserdem ist das Verhältnis von Mädchen zu Burschen in ihr sehr gross (70 zu 30 %). Die Gruppenbewegung (Oxford) ist zu vierzig Prozent wieder eingeschlafen, und weitere dreissig Prozent verfielen der Sekte von Frau Dr. Wasserzug-Träger und ihrer Bibelschule Beatenberg, sodass nur dreissig Prozent Frucht und Segen für die Kirche bleiben, und selbst hier bleibt ein gewisser Amtsschreck als "Geburtsfehler" haften.

Aber noch mehr: Auch die Positiven sind ja gespalten. Die alten Positiven haben mit grossem Fleiss ein kirchliches Bekenntnis ausgearbeitet. Die Reaktion auf dialektischer Seite war wenig erfreulich. "Man nahm höflich Kenntnis, allein man erklärte unmissverständlich, dass dies niemals das einst fällige und nötige Bekenntnis unserer Kirche sein könne". Andererseits scheinen auch die "Wipkinger Tagungen", an denen sich so etwas wie eine bekennende Kirche herauszubilden schien, innerer Krisen wegen nicht mehr stattzufinden. Nun tritt noch Karl Barth auf mit seiner neuesten Broschüre, welche die Kindertaufe als unbiblich bezeichnet. Würde sich diese Richtung zu einer Kirche konstituieren, so meint Hoch, würde sie "eine ausgesprochene Pfarrerkirche mit winzigsten Gemeinden" abgeben. Ueberhaupt hat Hoch das Empfinden, dass gerade bei diesen Kreisen, von denen die Welle der Kirchlichkeit ausging - es sind z.T. dieselben, die früher in "Reich Gottes" taten - sich etwas "Verkrampftes", ein "Schuss Sektierertum", ein "Schuss Täufertum?" bemerkbar mache.

Aber noch weitere Gründe, innere Gründe macht Hoch geltend für seine These, dass es sich nur um eine Kirchlichkeitswelle handle. Er fragt sich, ob nicht die ganze Bewegung von einer gewissen "Existenzangst" mitbedingt sei. Da wäre einerseits an die beschriebene Auflösung der reformierten Kirche, andererseits an die Geschlossenheit der katholischen Kirche zu denken. Welche Angst ihr gegenüber besteht, haben wir schon oft hervorgehoben; sie zeigt sich auch neuerdings wieder in der Erklärung des Kirchenbundes anlässlich der bevorstehenden Heiligsprechung des sel. Bruder Klaus. Man sollte darum auf kath. Seite solche Aeusserungen auch nicht als Angriffe buchen. Weiter scheint es Hoch, dass vielleicht auch das Anschwellen des Staatsgedankens eine gewisse Suggestionskraft auf die Kirche ausgeübt habe. Er führt dafür manche Symptome an, die dies möglicherweise bestätigen.

Das alles zusammengenommen ist die Bilanz: eine Welle, die vorübergeht.

Und was dann? "Voraussichtlich", meint Hoch, "eine Welle der sozialen Staatlichkeit, und die Kirche muss froh sein, wenn sie dann noch am Rande geduldet sein wird - unsere Kirche! - Im Unterschied von der katholischen, welche allem Anschein nach als kirchliche Siegerin aus der gegenwärtigen Schweizergeschichte aufsteigen wird". Sollte diese Prophezeiung Hochs sich erfüllen - wäre das ein Grund zur Freude für uns Katholiken? Wir glauben mit einem glatten Nein antworten zu müssen. Wir stünden allein, einem völlig entchristlichen Volk gegenüber. Was das bedeuten würde, ist kaum auszudenken.---

Eine Tagung über E u t h a n a s i e an der E T H.

Im Januar d.J. wurde an der Eidgen. Technischen Hochschule in Zürich eine Tagung über das Thema Euthanasie abgehalten. Es kamen die drei verschiedenen Abarten der Euthanasie, die Sterbehilfe als Herbeiführung eines schmerzlosen Todes, die Tötung auf Verlangen z.B. eines unheilbar Kranken und besonders aber die zwangsweise Tötung lebensunwerten Lebens zur Sprache. Das Thema behandelten ein Jurist, ein Mediziner, ein protestantischer Theologe und ein Heilpädagoge. Im Aprilheft der Zeitschrift "Pro Infirmis", als deren Redaktor Prof. Dr. H. Hanselmann waltet, sind sämtliche Referate abgedruckt, vermehrt durch einen Beitrag eines katholischen Arztes über dasselbe Thema (Dr. med. A. Repond, Directeur, Malévoz-Monthey).

Der Jurist (Prof. Dr. jur. H. F. Pfenniger, Zürich) lehnt in seinem Referat die zwangsweise Tötung lebensunwerten Lebens ab. Die Gründe, die dafür etwa angeführt werden, wie untragbare Belastung der Allgemeinheit, erstorbener Lebenswille der Kranken, Unproduktivität derselben für die Gemeinschaft seien nicht stichhaltig. Der Staat mache heute ganz andere unproduktive Ausgaben, im Verhältnis zu denen die Ausgaben für die Anormalen gering seien. Auch könne man bei solchen Kranken erfahrungsgemäss einen sehr starken Lebenswillen bemerken. Endlich stellt er mit Recht fest, dass eine verhältnismässig grössere Zahl von Menschen ebenso unproduktiv (wenn nicht gar destruktiv) für die menschliche Gesellschaft seien, die sich bedanken würden, als Anormale behandelt zu werden.

Diese Gründe sind zweifellos richtig, aber sie sind doch nur oberflächlich und können in gewissen Lagen versagen. Es ist deshalb bedauerlich, dass der Jurist um keine andern, nicht um die fundamentalen Gründe zu wissen scheint. Und diese Gründe sind rechtlicher Natur, also hätte man sie umso mehr von einem Rechtsvertreter erwarten dürfen. Wir meinen die Begründung aus dem natürlichen Recht jedes Menschen auf sein Leben, das vom positiv-staatlichen Recht überhaupt nicht umgestossen werden kann, es sei denn, es hätte vom Urheber jenes Rechtes die ausdrückliche Befugnis dazu (wie z.B. bei der Todesstrafe bei schwerer Schuld). Wir sagen es offen, solange unsere Rechtsvertreter nichts von einem natürlichen, überstaatlichen Recht wissen, können wir uns so wenig einer absoluten Rechtssicherheit erfreuen wie andere Menschen der Gegenwart.

Ebenfalls bedenklich wird man gestimmt, wenn wir die Ausführungen des Redners über den Selbstmord erwägen. Er versucht im Geiste der Aufklärung dem Selbstmord den Geschmack des Verbrecherischen zu nehmen, tadelt den englisch-amerikanischen Rechtskreis, in dem Selbstmord immer noch strafbar ist (z.B. Einziehung der Güter) und nennt eine solche Haltung eine "atavistisch-abergläubische Vorstellung". Schliesslich wagt er sich sogar an eine leichtfertige sittliche Bewertung des Selbstmordes heran, wenn er der Meinung Bindings beipflichtet: "Es gibt Selbsttötungen, die auf der höchsten Stufe der Sittlichkeit stehen". All das trägt er vor, ohne auch nur den geringsten Versuch eines Beweises zu unternehmen, dass der Mensch das Recht hat über sein Leben zu verfügen. Und diese Frage müsste doch zuerst gelöst werden, wenn man über Verbot oder Erlaubtheit des Selbstmordes sprechen will.

Es überrascht deshalb nicht mehr, wenn der Redner auch für die Straffreiheit der Tötung auf Verlangen, etwa eines unheilbar Kranken, eintritt. Im gegenwärtigen schweiz. Strafgesetz ist eine solche Tat strafbar (Minimalstrafe: 3 Tage Gefängnis). Der Redner vernachlässigt wieder ganz die Frage, ob überhaupt der Mensch ein Recht hat, seine Tötung zu verlangen, oder es scheint ihm überhaupt keine Frage zu sein. Wir fragen uns nur, was ist da schon Grosses daran, wenn man einerseits die Vernichtung lebensunwerten Lebens ablehnt, andererseits die Legalisierung der Tötung auf Verlangen betreibt? Würde durch eine solche Legalisierung nicht dem Kranken durch die Blume beigebracht, er solle seine Tötung verlangen, und der Staat würde dadurch auf eine scheinbar etwas vornehmere Art die Last der

unheilbar Kranken und Leistungsunfähigen los werden? Müsste der Kranke nicht das ver-zweifelnde Gefühl noch neben seinen Schmerzen haben, man warte sehnlichst darauf, dass er die Einwilligung in seine Tötung endlich gebe? Und schliesslich würde er sie auch geben, weil dieser seelische Druck auf die Dauer nicht mehr tragbar wäre. Nein, man tut dem Kranken keinen Liebesdienst, wenn man die Tötung auf Verlangen freigibt, das weiss der Heilpädagoge!

Der Mediziner (Prof. Dr. med. F. Schwarz, Zürich) geht zwar leider ebenfalls nicht von der rechtlichen Kernfrage aus, aber tatsächlich richtet er sich doch nach diesen Grundsätzen. Er lehnt die Tötung auf Verlangen entschieden ab aus folgenden Gründen: a) die Zurechnungsfähigkeit des Kranken ist oft gestört und labil. Sein Verlangen ist also nicht massgebend. Was er heute ablehnt, kann er morgen wünschen; b) der Kranke kann sich durchringen, dass er einen Sinn in seinem Leiden findet und sich selbst und die Umgebung dabei läutern kann und dadurch für eine Familie zu einem wirklichen Segen wird. Es wäre ein Verbrechen, wollte der Arzt dem vorgegreifen durch die Morphiumspritze; c) das Vertrauen des Volkes in die Aerzte würde schwinden; d) die verhältnismässig kleine Zahl von Selbstmorden unter den unheilbar Kranken beweist, dass der Lebenswille und die Lebensfreude auch bei diesen Menschen nicht geschwunden ist. Mit gleicher Nachdrücklichkeit lehnt der Arzt auch die zwangsweise Tötung lebensunwerten Lebens ab. Er untersucht die vorgebrachten Argumente, etwa das wirtschaftliche oder psychologische, das erbbiologische und kriminalpolitische und findet alle nicht stichhaltig, weil andere Mittel vorhanden sind, die voll auf genügen. Er erklärt entschieden, dass, wenn der Staat einmal soweit kommen würde, er seine Helfershelfer anderswo suchen müsste als unter der schweiz. Aerzteschaft.

Der Theologe (Prof. Dr. theol. Walter Zimmerli, Zürich) kommt endlich auf die Zentralfrage zu sprechen und geht von ihr aus: Wem gehört das menschliche Leben? Nicht dem Menschen und noch weniger dem Staat! Gott ist der Schöpfer der Seele und damit des menschlichen Lebens. Und der Schöpfer allein ist deshalb Herr des Lebens. Er kann unser Leben vernichten, er kann es verwunden lassen; er hat dabei seine Absicht, der wir niemals vorgegreifen dürfen durch eigenen oder fremden Eingriff in unser Leben.- Ist diese Klarlegung einmal gemacht, so entwirren sich dem Theologen die Einzelfragen: Niemand darf sich selber töten, niemand darf einen andern auf sein Verlangen hin töten, niemand darf einem andern in auch noch so guter Absicht das Leben verkürzen. Vor allem aber hat der Staat kein Recht, und auch niemand sonst, einen unschuldigen Menschen, wie es der unheilbar Kranke und der Leistungsunfähige ist, zu töten.

Er hat recht, wenn er bemerkt, der Begriff "lebensunwertes Leben" sei vom Evangelium her ein geradezu bläphemisches Wort. Tatsächlich hat das Evangelium unsere irdische Bewertung von Wert u. Unwert des Lebens vollständig umgestürzt, und es hat uns gelehrt, auch im Leiden einen Sinn zu finden. So kann der Theologe (und jeder Christ muss das können) dem Arzt den Weg aus einem falsch verstandenen Mitleid weisen: "Tut er (der Arzt) aber nicht gerade durch seine ehrfürchtige Scheu vor dem gottgehörigen Leben auch da, wo der Kranke in seinen Schmerzen etwas anderes wünschte, letztlich dem Kranken jenen letzten u. grössten Dienst, den wir einander tun können, das er ihn nämlich nicht durch Worte, sondern durch sinngemässes Verhalten hinweist auf jenen andern, in dessen Hand allein unser Leben liegt, der mehr kann, als Menschen können".

Der Heilpädagoge (Prof. Dr. phil. H. Hanselmann, Zürich) hält sich in seinem Referat auf einer wohltuenden Höhe der Zusammenschau aller, selbst der philosophischen u. theologischen Momente dieser Frage. Wir müssen das gereifte Berufsethos freudig anerkennen, das aus seinem Vortrag zu spüren ist. Endlich weicht bei seinen Worten die Last des Kranken, es bleibt im sog. "unwerten" Leben die sinnvolle und wertvolle Aufgabe, sowohl für den Kranken selber, als auch für die fürsorgende Menschheit. -

Uns drängt es am Ende vor allem noch einmal festzustellen, dass es nicht genügt, auf ein bei uns gewiss noch vorhandenes Gefühl der Scheu vor der Tötung der unschuldigen Kranken, der Pietät und des edlen Feingefühls zu bauen. Gefühle sind trügerisch und wetterwendisch, wie uns hoffentlich die Geschehnisse der Gegenwart gelehrt haben. Der Mensch kann sich mit der Zeit auch an das Unmenschliche gewöhnen. Beständig ist nur die klare Erkenntnis des Rechtszustandes zwischen Gott u. Geschöpf. Und einzig auf diese Erkenntnis möchten wir die Lösung der Frage der Euthanasie gestellt sehen, soll unsere Rechtssicherheit eine absolute sein.